

Vorschlag des Ständigen Beirats

Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union

- (hier: - Bundesratsbeauftragte, die seit 2021 oder später in Beratungsgremien der Europäischen Union tätig sind, sowie
- Bundesratsbeauftragte für Beratungen zur Festlegung der Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland zu Vorhaben der Europäischen Union,

deren Neubestellung in 2024 ansteht und zum 1. Januar 2025 wirksam werden soll.)

In Ergänzung seines Beschlusses vom 20. Dezember 2024 zu BR-Drucksache 450/24 benennt der Bundesrat gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG in Verbindung mit Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung vom 10. Juni 2010 folgende Beauftragte:

^{*)} Erster Beschluss des Bundesrates vom 20. Dezember 2024, BR-Drucksache 450/24 (Beschluss)

- A. **Es werden benannt als Beauftragte des Bundesrates in Gremien bzw. zu Themenbereichen, bei denen eine Teilnahme generell möglich ist:**

II. Bereich Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Bildung

Gremien der Kommission

Arbeitsgruppen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030) („ET 2030“)¹:

18. Arbeitsgruppe "Digitale Bildung: Lernen, Lehren und Beurteilen"

Stellvertreterin:²

Nordrhein-Westfalen
Ministerium für Schule und Bildung
(Stephanie Bräunig)

¹ Die Benennungen gelten unter der Voraussetzung, dass die jeweiligen Beauftragten und ihre Stellvertreter **nicht gleichzeitig** an Sitzungen der jeweiligen Arbeitsgruppe teilnehmen.

² Mit BR-Drucksache 84/23 (B) wurde bereits eine Vertreterin des Landes Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung (Dr. Johanna Tewes) benannt.

Das Mandat wurde zwischenzeitlich zurückgegeben und eine Nachfolge-Benennung veranlasst (vgl. BR-Drucksache 19/25). Im Rahmen der 645. K vom 27.01.2025 wurde empfohlen, Frau Uta Brammer als Vertreterin des Landes Bremen, Die Senatorin für Kinder und Bildung, als Bundesratsbeauftragte zu benennen. Ein BR-Beschluss steht noch aus.